

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Nischen.

25. Jahrgang. Woch. Freitag den 3. Dezember 1920, Nr. 385.

Anteilnehmer. Der Bürgermeister hat den bisherigen Leiter des Mag. Bezirksamtes für den 3. Bezirk M.R. Karl Bayer, zum Leiter des Mag. Bezirksamtes für den XIV. Bezirk, den M.R. Dr. Leopold Brüll zum Leiter des Mag. Bezirksamtes für den 2. Bezirk und den M.R. Dr. Robert Mayr zum Vorstand der Mag. Abt. 15 (Wohnungsamt) bestellt.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung, vom 3. November 1920.

Herrn Reumann eröffnet die Sitzung und teilt folgende Spenden mit: Rechtsanwalt Dr. Josef Strasser in Budapest für die notleidenden Wiener Kinder K. 17.900.

Die Direktion der k. k. Oesterreichischen Sparkasse zur Anschaffung und Verteilung von Winterkleidern an die in Privatpflege befähigten Waisenkinder Wien K. 6000, zur Anschaffung und Verteilung von Brennmaterial an die Armen Wiens 2000 K. und zur Verteilung von Speisekarten an die Armen Wiens ebenfalls 2000 K.

Ein Antrag des GR. Karasch (chr. Soz.) wegen Beistellung von Dienstföhren an bestimmte Stellen der städtischen Sanitätsstationen wird dem Stadtbaumeister zur Behandlung zugewiesen.

Ein Antrag des GR. Doppler (chr. Soz.) betreffend die Ausstellung von Freifahrtsscheinen auf den städtischen Straßenbahnen für Kriegsbeschädigte Staatsangestellte mit einem bestimmten Monatseinkommen wird dem zuständigen amtsführenden Stadtrat zur Behandlung überwiesen.

Der Bürgermeister gibt weiter bekannt, daß zu den Geschäftsstücken 5, 6 und 8 keine Wortmeldung vorliegt und diese als angenommen gelten.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten und der in der letzten Sitzung gestellte Dringlichkeitsantrag des GR. Eldersch (Soz. Dem.) betreffend die Vorgänge in der Tschechoslowakei und in Westungarn in Beratung gezogen.

Zur Begründung dieses Dringlichkeitsantrages ergreift GR. Eldersch (Soz. Dem.) das Wort und erklärt, daß die Sozialdemokraten überall dort, wo Deutsche in Not sind, die wärmste Anteilnahme empfinden. Die beklagenswerten Vorfälle in einigen Gebieten Deutschlands stimmen wenig mit den Grundsätzen überein, die die Entente für die Befreiung der Nationen von nationaler Bedrückung und Ermöglichung der Bildung von nationalen Einheitsstaaten aufgestellt hat. Diesen Grundsätzen ist den Deutschen gegenüber in den Friedensverträgen nicht Rechnung getragen worden. Ein erheblicher Teil des

österreichischen Volkes ist in Gruppen eingezogen, in welche andere Nationen die Mehrheit haben. Wo aus sich naturgemäss Schwierigkeiten ergeben müssen. Wenn wir zu den Vorkommnissen in der Tschechoslowakei Stellung nehmen, so kann dies weder nur gefühlsmässig sein, weil wir ein kleiner niedergeborener Staat sind, der auf alle möglichen Hilfsquellen angewiesen ist, dessen Votum bei den in Betracht kommenden Faktoren nicht viel Einfluß haben dürfte. Wenn wir in anderer Weise dazu Stellung nehmen würden, könnten uns eine Reihe Schwierigkeiten daraus erwachsen. Infolgedessen können die Deutschen der Tschechoslowakei nicht mehr von uns erwarten, als daß wir eifrig und aufmerksam die Entwicklung der Verhältnisse dort verfolgen und wenn sie in Not sind, ihnen die Gefühle der Anteilnahme bekunden.

GR. Erntner (Deutsch. Kons.): Wir dürfen also nicht jammern. GR. Eldersch (Soz. Dem.): Hätten Sie den Krieg nicht geführt, dann wäre es zu solchen Zuständen nicht gekommen! Lassen wir den Streitdarüber, wir werden immer die Schuld auf Ihrer Seite sehen. (Zwischenrufe des GR. Erntner). Jedenfalls würde eine gefühlsmässige Aussprechung nicht dieselbe Wirkung haben, wenn ich mit den alten

belebten Phrasen mich lächerlich machen würde. Das ist unverantwortlich was die Partei des Herrn Erntner hat am allerwenigsten Veranlassung uns Lehren zu geben, weil ihre Anhänger bereit sind, chauvinistische Exzesse zu begehen, wenn sich irgendein Vorwand dazu bietet. Mit diesem System soll endlich gebrochen werden.

GR. Krainzer (Deutschnational): Sprechen Sie damit in Tschechien.

GR. Eldersch: Wenn Sie das instand sind, werde ich sehr erfreut sein. Ich muß bemerken, daß wir mit ganz anderer Legitimation gegen die schamlose Unterdrückung der Deutschen in Westungarn protestieren können, weil Westungarn uns vertragsmässig von der Entente zugesprochen worden ist. Die Magyaren betrachten jeden Deutschen in Westungarn als Verbrecher, der sich zu Deutschösterreich bekennt, aber wir haben in Ihren Kreisen noch nie eine Aufregung über diese Zustände wahrgenommen. Wir perhorreszieren die Austragung solcher Differenzen mit Waffengewalt, aber die Regierung muß dafür sorgen, daß solchen Zuständen ein Ende bereitet werde. Im Falle der Tschechoslowakei lasse ich mich nicht durch den Umstand beirren, daß die Exzesse dort durch den Streit um das Standbild eines Habsburgers entstanden sind. Ich bin auch der Meinung, daß gerade dieser Habsburger eine so exzessive Abneigung nicht herbeizurufen könnte und daß der ganze Streit im Wesen ein nationaler mit chauvinistischen Zielen ist. Diese alten Methoden müssen aufgegeben werden. Wenn wir wieder noch kommen wollen, kann dies nur mit einem friedlichen Zusammenschluß aller Nationen bestehen. Die Friedensverträge müssen revidiert werden und an die Vernunft der Sieger muß der Appell gerichtet werden, daß sie die Fehler, die sie in den Friedensverträgen begangen haben, wieder gut machen.

GR. Klimes (Tscheche) sagt, die Wiener Tschechen hätten ein grosses Interesse daran, daß die Begebenheiten in der tschechisch-slovakischen Republik öffentlich besprochen werden, denn die Wiener seien falsch unterrichtet, denn sie hätten ihre Informationen eifrig aus den deutschen Blättern. Die Grossdeutschen hätten es am allerwenigsten notwendig Dringlichkeitsanträge wegen nationaler Unruhen zu stellen, daß doch ihre einzige Sorge sein, solche vorbereiten und die Nationen gegeneinander aufzuhetzen. Sodann tritt Redner eine ausführliche Darstellung der bekannten Vorfälle in der Tschechoslowakei mit

Herrn Reumann: Ich mache Sie aufmerksam, dass Ihre Redezeit bald vorüber ist.

GR. Klimes: Ich muss alles gründlich aufklären, damit einmal hier Ruhe wird.

Herrn Reumann: Nach der Geschäftsordnung stehen Ihnen 20 Minuten Redezeit zu.

GR. Klimes (schreiend): Nein, ich werde weiter sprechen.

GR. Klimes spricht noch einige Zeit weiter.

Herrn Reumann Herr GR. Klimes, auch Sie müssen sich an die Geschäftsordnung halten, ich entziehe Ihnen das Wort.

GR. Klimes: Jeder kann sprechen so lang er will, ich bin noch nicht fertig und werde weiter sprechen. (Zwischenrufe bei der Mehrheit: Geschäftsordnung!)

Herrn Reumann: Herr GR. Sirotek hat das Wort, ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

GR. Klimes spricht weiter unter Gelächter der Christlich-sozialen.

Herrn Reumann: Nachdem Herr GR. Sirotek das Wort nicht ergreift, erteile ich dasselbe an den GR. Erntner.

GR. Klimes: Sie wollen das, was ich sage, nicht hören, weil Ihnen das alles nicht passt.

Während GR. Klimes noch weiter spricht, ergreift GR. Erntner das Wort.

GR. Erntner (deutschnational) sagt, dass er im Einvernehmen mit der sozialdemokratischen Partei und des Christl. Sozialen einen Dringlichkeitsantrag eingebracht habe, der sich mit den Vorgängen in der Tschechoslowakei beschäftigte, und dass sich die Christlichsozialen an ein bezügliches Einvernehmen gehalten hätten, während die Sozialdemokraten einen selbständigen Antrag eingebracht haben. GR. Eldersch habe sich weniger mit dem Geschehen in der Tschechoslowakei als mehr mit dem angeblichen deutschen Chauvinismus und den Vorgängen in Westungarn beschäftigt. Solange die rote Regierung am Ruder gewesen sei, habe unsere Regierung nichts unversucht gemacht, um Westungarn beizubehalten. GR. Klimes habe gesagt, dass alles, was in den deutschen Zeitungen über die Vorgänge in der Tschechoslowakei

zu lesen war, unwahr sei. Dem gegenüber sei es bekannt, dass die Tschechen ja alles abzuleugnen suchten.

GR. Klimes: O du heilige Dummheit!

GR. Erntner: GR. Klimes, ich habe Sie nicht unterbrochen. Sie brauchen nicht vor mir wie ein Kaserl zu stehen, schauen Sie, dass Sie vor hier wegkommen.

GR. Klimes: Ich kann es ja, wo ich will.

GR. Erntner zählt dann einige Fälle auf, wie Übel den Deutschen in Prag und an anderen Orten mitgespielt wurde, und mit dem Wunsche Ausdruck, dass endlich einmal für die Deutschen in der Tschecho-Slowakei der Jag abbreche, wo ihr Selbstbestimmungsrecht bewahrt und beachtet werde.

GR. Dr. Slawski (jüd.-national) erklärt, dass seine Partei den Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten schon aus dem Grunde begrüsse, weil diese grosse Partei sich gegen die Unterdrückung von Minoritäten entschieden werde. Aber die Sozialdemokraten sollten auch im eigenen Hause für Ordnung sorgen. Er sei autorisiert, dass bei jedem nationalen Streit zwischen Deutschen und Tschechen die Juden den Fingelknoten abgeben müssen, so auch in Prag und es befremde den Redner, dass die nichtjüdischen tschechischen Parteien dort kein Wort der Abwehr gefunden haben. Die Sozialdemokraten haben es auch unterlassen, gegen die Aberkennung der Staatsbürgerschaft in Oesterreich so viele lange Jahre hier wohnende Juden gleichsam vogelfrei erklärt, was energisch zu protestieren. Sie haben auch, wie es aus allgemein menschlichen Tendenzen Pflicht gewesen wäre, gegen die Unterdrückung der Polen und Horthy-Ungarn kein Wort der Abwehr gefunden. Aus diesem Grunde sind die jüdischnationalen nicht in der Anlage, für den Dringlichkeitsantrag zu stimmen. Sie werden sich zum Zielien des Protestes gegen das bisherige Verhalten der Mehrheit der Stimmentgabe enthalten.

GR. Kunschak (chr. Soz.): Ein Protest auf Raten ist kein Protest der jemandem imponieren kann. Wenn ein Gemeinderat nicht die Stunde Zeit findet, an dem Tage, wo die Entrüstung beantragt wird, sie auch auszusprechen, dann wird kein Mensch in der weiten Welt daran glauben, daß dieser Protest mehr ist, als eine bloße Spiegelfechtersche Augenauwischerei. (Beifall bei der Minorität). Es ist richtig, wie der Herr Antragsteller sagte, es steht uns Oesterreichern in der Situation, in der wir uns befinden, überhaupt nur schlecht an, uns in die Lage des Protestierenden zu stellen. Unser Protest wird leider von niemandem ernst genommen. Wir sind eben faktisch ein total zusammengebrochener und was noch viel Ärger ist, ein von der Gnade der ganzen Welt und der freundlichen Gesinnung unserer Nachbarstaaten abhängiger Staat. Wir wissen, daß jeder unserer Nach-

bern die Möglichkeit hat, unsere Proteste als eine Einmischung in seine inneren politischen Angelegenheiten zu betrachten und mit Repressalien zu beantworten die uns viel tiefer treffen als unsere Proteste das Gemüt jener treffen, für die wir sie erlassen. Wir sind eben Sklaven unserer wirtschaftl. Not, und müssen immer bedacht sein, dass wir nicht in Gläubigen unseren Volksgenossen eine Unterstützung zu gewähren, Unsere eigenen Staatsbürger in eine schwierige Situation bringen. Ich muss gestehen, dass das Verhalten der Tschechoslowaken gegenüber den Deutschen ein solches ist, das eines Protestes gar nicht bedarf. In der Kulturwelt ist diese Vorgehen ganz von selbst gerichtet. (Lebhafte Beifall bei der Minorität). Es sind auch Gründe vorgebracht worden, für die Zerstörung von Kunstdenkmalern. Wenn man glaubt, auf diese Weise die nationale tschechische Politik begründen zu können, so wird man sich sehr täuschen. Man können Denkmäler umwerfen, aber die Weltgeschichte wird immer bestehen. Diejenigen, die ein so hohes Kulturvolk wie die Deutschen in dem Staatsverbande bedrängen und unterdrücken, die untergraben selbst den Bestand der Nation und des Staates, auf den sie so stolz sind. Zur Frage der Legitimation betreffend die Antragstellung möchte Redner bemerken, dass eine Partei, die in einem Lande und in der Gemeinde daran teilnimmt, wie Volksgenossen um Brot zu kämpfen, habe keine Legitimation gegen Vorgänge, wie sie sich in der Tschecho-Slovakie zutragen, Protest einzulegen.

GR. Böhmer (Tscheche) meint, es wäre besser gewesen, mit einem solchen Dringlichkeitsantrag nicht in den Gemeinderat zu kommen. Es wundere ihn, dass man sich dagegen wende, wenn Habsburger Denkmäler in der Tschecho-Slovakie abgetragen werden, wenn man in Wien die Strassennamen nach den alten Habsburgern abschaffe. Man erlaube sich von den Rechten der Deutschen in Böhmen zu sprechen und in Wien gehe es doch immer Tausende von tschechischen Schulkindern, die keine Schulen haben.

GR. Sirotek (Tscheche) findet die ganze Dringlichkeitsangelegenheit durchaus nicht dringlich. Wenn der Wiener Gemeinderat sich in alle nachbarlichen Streitigkeiten einmischen wollte, hätte er gar viel zu tun. Die Urheber des ganzen Streites sind die Reaktionsären Deutschen in der Tschechoslovakie, die noch immer die Habsburger hochhalten wollen. GR. Kunzschak habe über die Umlegung der Marienstatue geklagt. Die Tschechen erblicken in dieser Marienstatue ein Denkmal für die Unterwerfung des tschechischen Volkes nach der Schlacht am weißen Berge und es ist begreiflich, dass sie endlich dieses Schandmal beseitigen wollen.

GR. Karasek (chr. soz.): Das ist eine Gemeinheit!

GR. Klimesch (Tscheche): Sie bleiben nur hübsch ruhig! Sie haben noch nie den Mund in der Debatte aufgemacht.

GR. Sirotek (Tscheche) verweist dann auf den Umstand, dass trotz aller Urdrängen in Wien noch immer für 6000 tschechische Schul-

kiner nicht vorgesorgt ist. Seine Ausführungen werden von den tschechischen Gemeinderäten mit stürmischen Protestrufen begleitet und besonders die GR. Klimesch, Machet und Böhmer rufen unermüdetlich mit überlauten Stimmen: Das ist ein Skandal! Ein Kulturkandal, deutsche Barbaren seid Ihr, kein Kulturvolk, pfui, eine Schand! Das GR. Erstner (Deutschnational) zu diesen Zwischenrufen lacht, ruft ihm Klimesch heftig entgegen: Der Herr Erstner lacht, so ein Ungehöriger! Der Vorsitzende Bgm. Reumann gibt wiederholt das Glockenzeichen. Während der folgenden Ausführungen des GR. Sirotek dauern die heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Tschechen und den Deutschnationalen und Christlichsozialen fort; letzteren wirft GR. Sirotek vor, dass sie die tschechische Schulangelegenheit absichtlich hemmen. Sie werden dabei von den Bürokraten unterbittet. Das sei ein Skandal und wenn das kein Ende nehme, werden die Tschechen Mittel finden, Ordnung der Angelegenheit zu erzwingen.

GR. Skaret (Soz. Dem.): Der Dringlichkeitsantrag sei so hingestellt worden, als ob er ein Protest auf Raten wäre und als ob er eine unbefugte Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten behalte. Die sozialdemokratische Partei habe die Initiative zu diesem Dringlichkeitsantrag nicht ergriffen. Dies geschah von deutschnationaler Seite und sei Partei war nur bestrebt diesen Dringlichkeitsantrag, der sehr unbequem ist, die überflüssigen Giftstoffe herauszubringen. Seine Partei wollte in ihrem Antrag darstellen, dass sie eben alle chauvinistischen Hetzen, gegen die in Arch. Eger u. s. w. aber auch gegen die sei, die sich in Wien gegen Tschechen und Juden gerichtet haben. Er wolle nur an die Demonstrationen erinnern, wie sie von den radikalen Flügel der christlichsozialen Partei, den Orell-Leuten gemeinsam mit den Deutschnationalen am Kai veranstaltet wurden. Das war eine Kulturschande. Was die Standbilder des Kaiser Josef anlangt, so werden die Christlichsozialen über deren Abtragung keine besondere Erregung empfunden haben. Es wurde auch von der Abtragung der Marienstatue in Prag und der Kirche am weißen Berg gesprochen. Das Volk beurteile aber solche Vorfälle in solchen Momenten nicht dahin, ob hier ein Kulturwerk stehe. Es beurteile nur, welche Tendenzen mangelhaft waren, um ein solches Denkmal zusetzen. Die Bevölkerung sieht in diesen Dingen nichts anderes, als Zeichen die von den einseitigen Bedrückern gesetzt worden sind und die nun nicht mehr an die knechtliche Vergangenheit erinnern sollen. Was die Juden in diesem Zusammenhange anlangt, so sind diese genau so eine gesittete Nation, wie die Tschechen, Deutschen, Rumänen u. s. w. und sie haben das Recht - nicht als Juden - unter Menschen, sondern als Menschen unter Menschen leben zu können. Wenn aber heute in Wien gegen die Tschechen losgegangen wird, so könne es uns passieren, dass in tschechischen Gebieten gegen die Deutschen dasselbe geschieht. Daher sollen solche chauvinisti-

Der Antrag werde ja keine besondere Bedeutung ausstrahlen, es werden die chauvinistischen Exzesse nicht aufhören. Der Antrag hätte aber viel besser ins Parlament gehört und es sei zu verwundern, dass die Großdeutschen in diesem Hause die Initiative nicht ergriffen haben, sondern es den Großdeutschen Gemeinderäten überließen solche Beschichten zu machen, wo man sich in einer solchen Bedrängnis befindet, aus der man nicht herauskönne. Herr Kollera Kunzschak hat uns die Legitimation für einen solchen Dringlichkeitsantrag abgesprochen und begründet sein Urteil damit, dass gerade die Sozialdemokraten es sind, die Gewaltakte an Personen anderer Parteirichtung üben. Dort wo Sie heute noch in der Majorität sind, sind Sie die Rücksichtslosesten gegen Angehörige anderer Parteien. Es freut mich außerordentlich, dass Herr Kollege Dr. Kienböck unter meinem Auditorium ist. Es besteht hier ein Kuratorium der Fondsgüter.

GR. Dr. Kienböck (chr. soz.): Es heißt Kuratorium des Krieg beschädigten-Fonds.

GR. Skaret (Soz. Dem.): Davon sind Sie Herr Doktor Vizepräsident, und darinnen haben die Christlichsozialen mit den Staatsbeamten eine verlässliche Majorität. Es wurde ein ehemaliger Beamter des Staatskanzleramtes, ein Sozialdemokrat, in das Kuratorium als Sekretär des Präsidenten versetzt. Dieser hat in der Kuratoriumssitzung die Rolle eines Schriftführers innehaben sollen. Herr Dr. Kienböck hat es aber nicht geduldet, dass dieser Staatsbeamte, weil er Sozialdemokrat ist, und gewisse aus keinem anderen Grunde, dort als Schriftführer fungiert. Sie beklagen sich über den Terror, der angeblich von Sozialdemokraten gegen Christlichsoziale verübt wird. Dort wo Sie noch heute am Ruder sind, üben Sie genau noch dieselbe alte Methode, wie aus der guten alten Husger-, Neumayer- und Weiskirchner-Zeit. Darum sage ich, es steht Ihnen nicht gut an, hier mit solchen Deklamationen zu kommen.

GR. Dr. Kienböck (christl. soz.) berichtet tatsächlich gegenüber dem GR. Skaret, dass der Beamte Dr. Dechant ohne sein Wissen vom damaligen Staatskanzler Dr. Renner zum Sekretär bestellt wurde. Gegen diesen Vorgang habe Redner als Vizepräsident des Kuratoriums entschieden protestiert, weil er bei der Bestellung des Sekretärs sich nicht übergehen lassen. Als dann Dr. Dechant trotzdem zur Sitzung als Schriftführer zugezogen wurde, habe er allerdings auf seine Mitarbeit verzichtet. An der ganzen Blamage trage höchstens der Präsident Dr. Harpner die Schuld.

Bei der Abstimmung wird hierauf der Dringlichkeitsantrag Elgersch mit grosser Majorität angenommen.

GR. Breitner (Soz.-Dem.) berichtet über den Antrag wegen Aufnahme eines Darlehens von 350 Millionen Kronen aus Staatsmitteln und verweist darauf, dass diese Angelegenheit den Gemeinderäte schon in der Budgetberatung beschäftigte und dass schon damals eine staatliche Beihilfe für die Gemeinde Wien in Aussicht genommen worden sei. In Anbetracht der Notlage der Gemeinde und der Zinsenbedingungen für die Beschaffung von Geldern ist die Rate von 5½% mit dem Rückzahlungstermin bis 1. August 1925 nicht als drückend zu erachten. Redner bittet daher um Annahme des Antrages.

GR. Rummelhardt (christlichsozial) erhebt Protest dagegen, dass ein Geschäftsstück auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt worden sei, das auf der Tagesordnung der letzten Sitzung des Gemeinderates nicht stand, mit dem Hinweis darauf, dass die heutige Sitzung nicht als eine zweite Sitzung des Gemeinderates, sondern als die Fortsetzung der letzten Sitzung anzusehen sei, weil der Bürgermeister die Verhandlungen der letzten Sitzung abgebrochen habe, aber nicht geschlossen habe.

Bgm. Reumann erklärt, dass er die Verhandlungen in der letzten Sitzung tatsächlich abgebrochen habe, was gleichbedeutend sei, mit dem Schliessen der Sitzung. Er habe auch eine neue Sitzung ausschreiben lassen.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen.

StR. Breitner (Soz.-Dem.) beantragt zur Errichtung des Johann Straussdenkmals einen Betrag von 200.000 Kronen für die noch erforderlichen Aufstellungsarbeiten des Denkmals unter der Bedingung zu gewähren, dass die Herbeischaffung der Granitsockel sofort verfügt und mit den Vollendungsarbeiten begonnen wird.

GR. Rotter (christlichsozial) gibt seinem Bedauern darüber heute Ausdruck, dass Strauss noch kein Denkmal in seiner Heimat habe, und meint, dass es interessant wäre, zu wissen, ob der Staat auch einen entsprechenden Teil beitrage.

GR. Rummelhardt (christl.-Soz.) nennt die Ausgabe der 200.000 Kronen eine gerechtfertigte und sagt, dass der Akt, den die Gemeinde damit vollbringe im Gegensatz zu dem, was sich die Staatstheaterverwaltung vor kurzer Zeit geleistet hat. Während die Stadt Wien bei jeder Gelegenheit deutsche Kunst und die deutschen Künstler unterstützt, wurde von der Staatstheaterverwaltung ein Akt gesetzt, der es den Wienern unmöglich macht, diese Kunststätten zu besuchen. Redner bespricht die einzelnen Preise, die in der Staatsoper und im Burgtheater festgesetzt wurden, und betont, dass es nurmehr Schiebern möglich sein wird, diese Theater zu besuchen. Ein Arbeiter, Lehrer, Beamter oder Geschäftsmann wird nicht mehr die Möglichkeit haben, in diese Bildungsstätten zu gehen. Redner bittet den Bürgermeister als Reprä-

tant der Gemeinde den nötigen Einfluss der Gemeinde dahin auszuüben, dass die genannten Bildungstätten den breiten Massen der geistigen und manuellen Arbeiter wieder zugänglich gemacht werden und dass sich nicht Leute dort befinden, die keinen „blauen Dunst“ und kein Verständnis für die Dinge auf der Bühne haben. (Beifall bei den Christlichsozialen).

Der Referent GR. Breitner (Soz. Dem.) gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß das Referat solches von keiner Seite bemängelt wurde und daß der Gemeinderat sich darüber einig ist, trotz seiner schlechten Finanzlage endlich an die Ausführung des Denkmals für Johann Strauß zu schreiten. Es ist richtig, daß ein Besuch von Oper und Burg nun auch zu den willkommenen unerschwinglichen Dingen für Arbeiter und Angestellte geworden ist. Es sind fast ausschließlich nur mehr Schieber, die sich regelmäßig diesen Kunstgenuss zu gönnen vermögen. Es ist dies eine Erscheinung, die sich nicht nur auf das Theater beschränkt, sondern die wir in noch viel schärferen Formen auf allen Gebieten des Lebens sehen. Sich satt zu essen, sich halbwegs anständig zu kleiden, nicht nur frieren sind Dinge, die zum Vorrecht der Besitzenden geworden sind. Es ist dies neuerlich ein Beweis, daß mit den geltenden Wirtschaftsformen eine Änderung nicht zu schaffen ist. Wenn eine Loge an der Oper 280.000 K im Jahr kostet, so werden wir dagegen keine Einwendungen erheben. Man könnte auch eine halbe Million fordern und es werden sich immer noch genug Protzen finden, die diese Summe bezahlen, um dadurch ihre finanzielle Leistungsfähigkeit aller Welt zu bekunden. Diese Summen aber müssen dazu verwendet werden, die Galeriesitze außerordentlich zu verbilligen. Das ist nun aber unseres Erachtens gewiss keine Angelegenheit, die von der angeblich behaupteten politischen Färbung des derzeitigen Leiters der Staatstheater abhängt, sondern die offenbar vom Bundesminister des Innern, den die Staatstheater unterstehen, zu verantworten ist. Die Gemeinde Wien hat das moralische Recht in dieser Beziehung Abhilfe zu verlangen, weil sie selbst trotz ihrer grossen Finanznot keine Opfer scheut, um den Arbeitern und Angestellten doch künstlerische Genüsse zu erschließen. Der Gemeinderat hat bekanntlich auch im Vorjahre einen Teil des Erträgnisses der Lustbarkeitssteuer zur Veranstaltung von Theater- und Musikaufführungen verwendet und ich kann dem Gemeinderat mitteilen, daß im laufenden Verwaltungsjahre rund 2 Millionen Kronen zur Verwendung für diese Zwecke gelangen. Allmonatlich ~~xxx~~ gibt die Gemeinde Wien 150.000 K dafür aus, um die sonst unerschwinglichen Eintrittspreise auf ein halbwegs erträgliches Niveau herabzudrücken. Allerdings wird dies immer schwerer, wenn derartige Steigerungen der Eintrittspreise sich vollziehen. Die Staatstheater weisen den Organisationen über-

dies viel zu wenig Aufführungen zu, so daß gerade der Besuch von Burg und Oper zu den allerseltensten Genüssen, die die Gemeinde den Arbeitern und Angestellten zu verschaffen vermag, gehört. Selbst in Friedenszeiten, als die Leistungsfähigkeit der Stadt Wien eine solche gewaltige gewesen ist, hat es eine solche Einrichtung nicht gegeben. Sie wurde erst von der gegenwärtigen Verwaltung geschaffen und es wird von der Gemeinde verlangt werden müssen, daß die Staatsregierung ihre Preispolitik in den Staatstheatern nicht bloß nach der Zahlungsfähigkeit der Schieber richtet, sondern auch auf jene Klassen Rücksicht nimmt, die auf ehrliche Weise das Geld verdienen. Es wird sich die Partei des Herrn Rummelhardt, aus der ja die derzeitige Regierung hervorgegangen ist, mit uns dafür einsetzen müssen, daß diesem Verlangen des Gemeinderates Rechnung getragen wird. (Beifall).

Vize-Bgm. Emmerling berichtet über Nachfragskredite für verschiedene Neuherstellungen in den Gaswerken Simmering und Leopoldau und begründet diese hauptsächlich damit, dass die Preise für das Material erst bei Ablieferung seitens der Lieferfirmen festgestellt werden, mit der Erhöhung der Arbeitslöhne und dem schlechten Stande unserer Valuta, da ein Teil der Auslagen in Markwährung ~~xxx~~ zu entrichten ist.

GR. Untermüller (christlichsozial) sagt, er wolle nicht darauf hinweisen, wie die gegenwärtige Minorität, als sie noch in der Minderheit war, zu Nachfragskrediten Stellung genommen habe, sondern eine andere Sache bespreche. Es werde gegenwärtig in ganz Simmering davon gesprochen, dass die Fassungen bei der Personalküche der Gaswerke in einem viel höheren Prozentsatz vorgenommen werden, als es der Zahl der Verköstigten entspreche. Er würde nichts dagegen einwenden, wenn diese Mehrfassungen der Arbeiterschaft zugutekämen. Doch wisse man nicht, wohin sie eigentlich gelangen. Er stelle daher den Antrag, dass der Gemeinderat aus seiner Mitte eine 6 gliedrige Untersuchungskommission einsetze, um die Gebarung in dieser Küche und in der Küche in Gaswerke Leopoldau zu prüfen und dem Gemeinderate Bericht zu erstatten.

Vize-Bgm. Emmerling betont in seinem Schlüss Worte, dass seine Partei seinerzeit als Minderheit kein Recht gehabt habe, sich über Nachfragsforderungen anders zu äussern, als heute, da damals die Budgetierung eine ganz andere gewesen ~~xxx~~ ist, als heute. Was die Vorgänge in der Personalküche anlangen, so wäre es eine Missachtung der Direktion und der ganzen Verwaltung, wenn dem Antrag Untermüller zugestimmt würde.

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge angenommen, der Antrag Untermüller abgelehnt.

Carl Schmidt (Soz.-Dem.) berichtet über die Erhöhung der Preise in den städtischen Bädern und betont, dass diese beantragte Erhöhung nicht den Absichten der Wiener Gemeindeverwaltung entspräche, dass sie aber aus der Not der Zeit heraus geboren ist. Im Budget ist ein Defizit von 8 Millionen Kronen vorgesehen, das sich aber bei Beibehaltung der gegenwärtigen Preise auf 22½ Millionen Kronen erhöhen werden. Angesichts der finanziellen Lage sei die Gemeinde nicht in der Lage, ein solches Defizit zu tragen und es bleibe ihr daher nichts anders übrig, als die Preise zu erhöhen. Die erhöhten Preise bedeuten aber nicht, dass ein Überschuss erzielt werden solle, sondern sie sollen nur zur Herabminderung des Defizites beitragen.

GR Angeli (christlichsozial) sagt, dass die Bäder zu allen Zeiten und bei allen Völkern eine Belastung für die städtische Verwaltung gebildet haben, weil sie eine hygienische Notwendigkeit sind. Auch die christlichsoziale Verwaltung habe schon in Friedenszeiten jährlich 400.000 Kronen daraufgezahlt. Die Erhöhung der Preise sei so unerhört hoch und wähle die Durchführung, dass er namens des christlichsozialen Klubs erklären müsse, dass diese gegen die Erhöhung stimmen werden.

GR Grünbeck (christl.-soz.) weist darauf hin, dass alle Wohlfahrtsrichtungen wie die Spitäler, Leichenbestattung, Krankentransport und nun auch die Bäder eine unerhörte Preiserhöhung erleiden mussten. Aber der gewünschte Effekt werde nicht erzielt werden, da es der Bevölkerung nicht mehr möglich sein werde, die hohen Preise zu bezahlen. Er beantrage daher die Rückverweisung des Antrages der nochmaligen gründlichen Beratung.

Der Referent spricht sich gegen den Rückverweisungsantrag aus, dieser wird von der Majorität angelehnt.

und nachdem sich GR Wawerka (christl.-soz.) gleichfalls gegen die Preiserhöhung ausgesprochen hatte, der Referententwurf unverändert angenommen.

SR Siggel (Soz.-Dem.) berichtet über den Ankauf von 20.000 <sup>kosten</sup> Christbäumen, die zum Selbstpreise durch die Gemeinde an die Bevölkerung abgegeben werden. Ein Stück - es werden drei Größen gekauft werden - wird ungefähr 20 K kosten.

GR Dr. Glasauer (chr. soz.) sagt, er sei erstaunt darüber, dass die Gemeinde mit einigen Geschäftsleuten zu Weihnachten das Geschäft wegnehmen will und dass die sozialistische Gemeindeverwaltung plötzlich so viel Verständnis für die Gebräuche der christlichen Bevölkerung hat. Die Bevölkerung hätte es wahrscheinlich mehr begriffen, wenn wir auch heuer wieder, wie es unter Dr. Weiskirchner der Fall war, Lebensmittelsubvention zu Weihnachten bekommen hätte.

in früheren Jahren Christbäume auf diese Art an die Bevölkerung abgegeben wurden und dass die Gemeinde damit natürlich kein Finanzgeschäft machen kann.

Bei der Abstimmung wird der Referententwurf angenommen.

GR Siggel (Soz.-Dem.) beantragt für die bauliche Umgestaltung des ehemaligen Malaria-Spitals in der Hütteldorferstrasse in ein Versorgungshaus der Gemeinde Wien den Betrag von 200.000 Kronen zu bewilligen.

GR Dr. Glasauer (chr. soz.) verweist darauf, dass in einem Teile des Gebäudes sich eine liquidierende Stille befände, welche zur Zeit der Wahlbewegung die dortselbst befindlichen Pfinglinge der Gemeinde Wien politisch beeinflussen wollten und ihn selbst, obwohl er von den Pfinglingen darum gebeten wurde, mit Bruchialgewalt verhinderten, eine Ansprache zu halten. Er beantrage daher, dass diese militärische Stelle das Gebäude schnellst verlasse, da sie für die politische Freiheit und auch sonst für die Pfinglinge Beschwerden mit sich bringe.

GR Siggel (Soz.-Dem.) sagt, dass die militärische Stelle baldigst entfernt werden werde, weil das ganze ehemalige Malaria-Spital in ein Versorgungshaus umgewandelt werde.

Sodann wird der Referententwurf angenommen.

GR Dr. Dörsner (Soz.-Dem.) berichtet über die Gebühren gewählter Gemeindefunktionäre, deren Erhöhung nach den bekannten Anträgen ohne Debatte genehmigt würde.

Zu den Punkten 10 und 11 ist niemand zum Worte gemeldet, dieselben werden vom Bürgermeister für angenommen erklärt.

Ein formaler Abänderungsantrag des GR Wolfgang (chr. soz.) wird, nachdem der Referent sich dagegen ausgesprochen, abgelehnt und der Referententwurf angenommen.

SR Spieser (Soz.-Dem.) berichtet über das Übereinkommen zwischen den Brauereien der Stadt Wien und dem Zentralverband der Lebensmittel- und Genussmittel Arbeiter und Arbeiterinnen Oesterreichs wegen der Arbeits- und Lohnbedingungen im städtischen Brauhause und legt den Kollektivvertragsentwurf vor.

GR Doppler (chr. soz.) beantragt, dass bei den Verhandlungen wieder eine Minderheit von den Arbeitern nicht gefragt wurde und dass es ihr nicht möglich war ihr Votum abzugeben. Die Gemeindeverwaltung sei verpflichtet die Verwaltung zu führen und wenn sie Verhandlungen führen muß, so hat sie sie mit Angestellten der Gemeinde und nicht mit Parteiangestellten zu führen. Die Mehrheit würde sich auch daran gewöhnen müssen, nicht nur Protektion zu üben und sich nur mit einer Organisation an dem Verhandlungstisch zu setzen, so wie sie sich zu dem daran wird gewöhnen müssen, so umfangreiche Referate, wie das vorliegende rechtzeitig so anzustellen, dass sich die Gemeinderäte damit beschäftigen

GR Haider (chr.-soz.) will gegen den Vertrag keine wesentlichen Einhebungen erheben, kritisiert aber einzelne Punkte des Vertrages, die er als nicht annehmbar bezeichnet. Er kommt auch auf das Koalitionsrecht zu sprechen und sagt, dass in der letzten Zeit wieder 2 Strassenbahnen von dem Bahnhöfen Breitensee vom Dienste suspendiert wurden, der eine Beschäftigte, weil er in einer Versammlung der Frontkämpfervereinigungen war, der andere deshalb, weil er Obmann der christlichsozialen Bezirksorganisation ist. Im Laufe der Debatte reagiert Redner auf einen Zwischenruf von sozialdemokratischer Seite, dass GRin Seitz-Motzko keine Wohnungsgeschieberei gemacht habe, sondern dass sie eine Wohnung im 9. Bezirk bestehend aus Zimmer und Küche und ihr Mann eine kleine Wohnung im 13. Bezirke inne habe, dass aber keine von beiden Wohnungen renoviert ist, diesem Ehepaare ein menschenwürdiges Wohnen zu ermöglichen. Auf einen weiteren Zwischenruf in der Debatte erklärt der Redner, dass der Arbeiterrat des 14. Bezirkes Krist sich mit 300 K hat bestehen lassen.

GR Rufe bei den Sozialdemokraten: Die christlichsozialen Bezirksrätin Astl hat ihre Wohnung um eine Viertelmillion Kronen einem Juden verkauft.

Rufe bei den Sozialdemokraten und Gegenrufe bei den Christlichsozialen.

GR Haider sagt am Schlusse seiner Ausführungen, dass die Verhältnisse, was den Terror anlangt, in keinem Lande der Welt solche Dinge zur Folge haben wie bei uns und spricht die Hoffnung aus, dass das Koalitionsrecht respektiert werde.

GR Weigl (Soz.-Dem.) konstatiert, dass seit der Organisation durch den Handels- und Transportarbeiterverband immer darauf gesehen wurde, Terrorakte zu vermeiden und die Möglichkeit zu nehmen, dass von der Gegenseite über Terror geklagt werden könnte. Haider und seine Kollegen müssen bestätigen, dass wiederholt eingegriffen wurde, dass aber dies nicht dazu geführt hat, um Ruhe zu stiften, sondern, dass dies die Anhänger Haider im Gegenteil sehr mutig gemacht hat und sie das Recht sich herauszunehmen zu dürfen glauben die anderen zu provozieren. Ich möchte hier konstatieren, dass diese Provokationen sich aufhören müssen, weil wir sonst die Bediensteten nicht von ihren weiteren Beschlüssen abbringen können. Die Mehrheit der Arbeiterschaft kann doch noch gezwungen werden, sich alles mögliche gefallen zu lassen. Solche Tatsachen müssen endlich einmal hier festgehalten werden.

Im Laufe der weiteren Ausführungen des GR Weigl kommt es zu lebhaften teilweise sehr erregten Szenen zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten, die erst langsam wieder zur Ruhe im Saale führt.

5

Am Schlusse seiner Ausführungen sagt OR. Weigl, daß die Angehörigen der christlichsozialen Organisationen darüber aufgeklärt werden müssen, daß sie ihre Provokationen lassen, da kein Grund vorliegt, auf der einen Seite immer von Terror zu schreiben, wenn auf der anderen Seite die Provokationen bestehen. Was den Vertrag selbst anlangt, so hebt die Gemeindevertretung die Pflicht der Unterhändler nicht zu desavouieren und der Antrag ist daher anzunehmen.

GRin. Gürtner (chr. soc.) befragt, daß in dem Vertrage für die Arbeitsleistung der Frauen gegenüber den Männern zurückgesetzt erscheint und beantragt, daß die Hilfsarbeiterin gleich dem Hilfsarbeiter im Grundlohn und in den Zulagen zu halten sei.

StR. Grünwald (Soz.-Dem.) sagt, daß die Stellenvermittlung deshalb dem Lebens- und Genußmittel Arbeiterverband überlassen werden soll, weil er überhaupt die einzige Stelle ist, die zweckmäßige Arbeiter für das Brauhaus der Stadt Wien beschaffen kann. Redner kommt weiter auf den Fall Motako-Seitz zu sprechen.

GR. Rumelhardt (chr. soc.) wendet sich gegen eine Bemerkung des Bürgermeisters gelegentlich der Unterbrechung der Rede des OR. Weigl, daß die Rede des OR. Doppler von Gemeinheiten strähe und erklärt namens seiner Parteigenossen, daß er darauf bestehen müsse, daß der Bürgermeister diesen Ausdruck zurücknehme.

Bez. Reumann: Wenn von Ihrer Seite gegenüber dem Vorsitzenden immer und immer wieder in einer solchen Weise vorgegangen wird, wie hier, dann dürfen Sie sich nicht wundern, über scharfe Ausdrücke auch von meiner Seite. Ich bin von Ihrer Seite sogar persönlich beschimpft worden, habe aber sogar dies geduldet, damit die Würde des Gemeinderates nicht noch mehr herabgedrückt wird. Ich bin ja sehr gerne bereit, diese Würde zu wahren, aber dann müssen auch alle Herren in diesem Saale das gleiche tun, und nicht erwarten, daß der Vorsitzende alles ruhig hinnimmt. Ich bedaure es ungemein, daß solche Vorfälle sich hier in Saale abspielen und bedaure es auch, daß die Angelegenheit Motako hier zur Sprache gekommen ist. Ich bedaure es ebenso, daß ich den Ausdruck gegenüber der Rede des OR. Doppler gebraucht habe, aber Sie werden es auch begreiflich finden, daß unter solchen Umständen eine ruhige Leitung der Sitzung unmöglich wird. Der Vorsitzende kann ja nicht gewalttätig gegen einzelne Redner vorgehen und er wird zur lächerlichen Figur, wenn alles zusammenwirkt, daß seine Worte keine Beachtung finden.

GR. Schmitz (chr. soc.): Merkt's Euch das! Neuerliche erregte Zwischenfälle bei der Mehrheit des Saales: Unerhört, Hausknechtmanieren. Das kann man sich auf die Dauer nicht gefallen lassen!

Nachdem sich auch die Erregung über diesen Zwischenfall gelegt hat, hält der Referent sein Schlusswort.